

Das demokratische Potential von Bürgerhaushalten

Roland Roth



Beitrag zum Forum „Demokratie in ländlichen Kommunen: Wie Bürgerhaushalte die lokale Bürgergesellschaft stärken können“ am 25. Januar 2017 in Berlin¹

Um Bürgerhaushalte ist in den letzten Jahren in Deutschland ruhiger geworden. Sie sind nicht zu einem Selbstläufer in Sachen Bürgerbeteiligung geworden, sondern ihre Zahl ist rückläufig. Viele Kommunen haben dieses Instrument lediglich einmal erprobt, um dann enttäuscht davon Abstand zu nehmen. Dies hat im Einzelfall sicherlich viel mit konzeptionellen Schwächen und unzulänglicher Umsetzung zu tun. Professionelle Unterstützung kann sicherlich dazu beitragen, die Resultate zu verbessern (Weber u.a. 2015). Aber die deutsche Debatte über Bürgerhaushalte leidet an einigen strukturellen Vorentscheidungen, wie z.B. die vorherrschende Reduzierung auf eine ausschließlich konsultative Beteiligung an einem möglichst großen Teil des kommunalen Haushalts. Ein Blick auf internationale Entwicklungen zeigt jedoch, dass dies keinesfalls so sein muss. So erleben Bürgerhaushalte z.B. in Nordamerika nicht zuletzt deshalb einen Aufschwung, weil sie stärker mit direktdemokratischen Entscheidungsmöglichkeiten verknüpft werden (Hagelskamp u.a. 2016). Diese Orientierung könnte, so die zentrale Anregung dieses Beitrags, auch in Deutschland und besonders in ländlichen Räumen zu einem Neustart von Bürgerhaushalten beitragen.

1. Bürgerhaushalte in Deutschland

Bürgerhaushalte (participatory budgeting bzw. Orcamento Participativo) gehören zu den global erfolgreichsten Beteiligungsformaten der letzten Jahrzehnte. Im Jahr 2013 wurden weltweit zwischen 1.269 und 2.778 Bürgerhaushalte gezählt (Herzberg et al. 2014: 16), die vielfältige Ausprägungen und unterschiedlichste Zielsetzungen aufweisen. Als Ursprung und Garant für hohe demokratische Erwartungen gilt der 1988/1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre erstmals erprobte »Orcamento Participativo« (kritisch Mororo 2014). In Deutschland dominiert eine konsultative Variante, die Bürger/innen keine direkten Entscheidungsbefugnisse zubilligt (Sintomer u.a. 2010; Herzberg u.a. 2012; Ruesch/Wagner 2014; Neunecker 2016).

Der zuletzt vorgelegte 8. Statusbericht des Portals Bürgerhaushalt (Bundeszentrale et al. 2015) weist für 2015 insgesamt 71 Kommunen mit einem Bürgerhaushalt aus (im Jahr zuvor waren es noch 87). Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch höher liegen, da der Bericht sich in erster Linie auf Kommunen mit über 40.000 Einwohner_innen bezieht. In einer

¹ Dieser Beitrag greift auf einen gemeinsam mit Thomas Ködelpeter verfassten, noch unveröffentlichten Handbuch-Artikel zum Thema Bürgerhaushalt zurück. Er wurde aktualisiert, ergänzt und thematisch zugespitzt. Die internationale Entwicklung habe ich an anderer Stelle skizziert (Roth 2014). Jüngst ist eine gründliche Untersuchung des weltweiten Ausbreitungsprozesses von Bürgerhaushalten vorgelegt worden (Porto de Oliveira 2017).

Gesamtübersicht der Netzseite buergerhaushalt.org wird deutlich, dass es auch eine beachtliche Zahl Bürgerhaushalte in kleineren und Kleinstgemeinden gibt. Eine Analyse der Bürgerhaushalte im ländlichen Raum liegt bislang nicht vor. In 36 Kommunen ist der gesamte Haushalt Gegenstand des Beteiligungsverfahrens, neun haben Teilbereiche ausgewählt. Feste Teilbudgets gibt es in fünf Kommunen (u.a. in Cottbus und Eberswalde). Elf Kommunen zeichnen sich durch eine Mischung aus Gesamtbudget, Teilbudgets und ausgewählten Haushaltsbereichen aus. Eine ausschließliche Beteiligung über online-Verfahren wenden 15 Kommunen an, weitere 27 Kommunen setzen neben Internet unterstützend auf verschiedene Formen der Vor-Ort-Beteiligung. Komplexe, medienübergreifende Verfahren verwenden sieben Kommunen. Lediglich eine Kommune verzichtet im Berichtszeitraum 2014/15 gänzlich auf online-Verfahren (Hohen Neuendorf).

Methode und Zielsetzungen

Bürgerhaushalte sind ein Instrument der Bürgerbeteiligung rund um die Verwendung von öffentlichen Geldern. In der deutschen Debatte geht es vor allem um kommunale Haushalte. Die Bevölkerung wird dabei möglichst umfassend und regelmäßig in die Planung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen und in die Ermittlung von Prioritäten einbezogen. Von Bürgerhaushalten ist hierzulande bislang die Rede, wenn folgende Merkmale zutreffen:

- ✓ im Zentrum stehen die finanziellen Angelegenheiten
- ✓ die Beteiligung findet auf der Ebene der gesamten Stadt bzw. auf einer Ebene mit politisch- administrativen Entscheidungsbefugnissen (Stadtbezirke in Berlin und Hamburg) statt
- ✓ das Verfahren zeichnet sich durch Dauer und Wiederholung aus
- ✓ das Verfahren ermöglicht einen öffentlichen Diskurs
- ✓ Politik und Verwaltung legen Rechenschaft über die Ergebnisse des Verfahrens ab
- ✓ Bürger_innen wirken am Prozess der Haushaltsaufstellung direkt und aktiv mit und können eigene Vorstellungen einbringen (Herzberg et. al. 2014, 12f.; Klages 2010)

Die anhaltende Faszination des Beteiligungsformats Bürgerhaushalt dürfte sich aus verschiedenen, auch weiter reichenden Erwartungen speisen:

Mit dem kommunalen Haushalt wird ein zentrales Steuerungs- und Verteilungsinstrument lokaler Politik, ihr „Regierungsprogramm in Zahlen“ zum Gegenstand von regelmäßig wiederkehrenden Beteiligungsprozessen. Es geht um den Kern lokaler Politik. Die partizipative Öffnung dieses klassischen Parlamentsrechts verspricht eine Vertiefung demokratischer Praxis.

Der Participativo Orciamento ist in Brasilien als Mittel zur Armutsbekämpfung und Umverteilung entwickelt und eingeführt worden. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Quartiere sollten durch den Beteiligungsprozess die Möglichkeit erhalten, ihre soziale und gesundheitliche Lage durch die Entscheidung über die Verwendung zusätzlicher

Mittel und selbst gewählter Projekte zu verbessern. Bürgerhaushalte gewinnen ihre besondere Qualität durch eine mobilisierte und aktive Bürgerschaft.

Aus der Einladung zur Beteiligung von oben können neue Räume bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Selbsttätigkeit werden.



Nicht zuletzt geht es um demokratische Lernprozesse, indem eigene Interessen mit den Anforderungen anderer Mitglieder der örtlichen Gemeinschaft abgeglichen werden. Bürgerhaushalte können so zu anspruchsvollen Lernorten werden und die „kommunale Intelligenz“ (Hüther 2013) fördern.

Neben diesen Erwartungen werden mit Bürgerhaushalten unterschiedliche pragmatische Ziele verknüpft. Dazu gehören die Erhöhung der Verständlichkeit und der Transparenz des Haushalts (open budgeting als Element des open governments), die Akzeptanz von unpopulären Haushaltsentscheidungen (z.B. bei Sparzwängen), die Gewinnung von Entscheidungshilfen für den Stadt- bzw. Gemeinderat und die generelle Verbesserung des Dialogs mit den Bürger_innen.

Ablauf

Bürgerhaushaltsprozesse bestehen in Deutschland in der Regel aus den Phasen (1) Information, (2) Konsultation und (3) Rechenschaftslegung der Verwaltung und Politik gegenüber der Bevölkerung.

Mögliche Inhalte und Maßnahmen in den drei Phasen

	Information	Konsultation	Rechenschaft
Inhalte	Überblick über den Gesamthaushalt und/oder einzelne Bereiche	Diskussion des Gesamthaushalts bzw. bestimmter Haushaltsbereiche mit der Bevölkerung, Priorisierung von Vorschlägen und Investitionsvorhaben	Checkliste, welche Anregungen der Bevölkerung beim Beschluss des Stadt-/Gemeinderats berücksichtigt wurden und welche nicht
Maßnahmen	Broschüren, Internet, Info-Fahrten oder Info-Rundgänge, Informationsstände, Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge, Seminare und Schulungen	Moderierte Quartiers-, Einwohner- und Bürgerversammlungen, repräsentative Befragungen, online-Verfahren, Hotline, Dialog-Karten per Post, Planungszellen	Broschüren und Flyer, Webseite, Informationsveranstaltungen, persönliche Anschreiben, Workshops

Die konkrete Ausgestaltung des Ablaufs ist entscheidend für die Qualität und die Wirkungen von Bürgerhaushalten (vgl. Klages 2010/2014; Lerner 2014). Zunächst geht es darum, möglichst viele Einwohner_innen für diesen Beteiligungsprozess zu gewinnen. Spielt das Ziel sozialer Gerechtigkeit eine Rolle, ist die Partizipation von benachteiligten Gruppierungen von entscheidender Bedeutung. Im Idealfall hat die gesamte Bevölkerung die gleiche Chance sich zu beteiligen – zumindest ist eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung anzustreben, indem beteiligungsferne Gruppen (Jugendliche, Migranten etc.) gezielt angesprochen werden. Dabei können aufsuchende Formate helfen, etwa der Einsatz ehrenamtlicher Multiplikator_innen wie in Stuttgart. Im Konsultations- und Entscheidungsprozess kommt es darauf an, dass alle zu Wort kommen und die gefundenen Prioritäten die Breite der eingebrachten Präferenzen widerspiegeln. Mit einem Beteiligungsmix oder Multichannel-Verfahren, das meist aus Präsenzveranstaltungen, Internet-Beteiligung und repräsentativen Bürgerbefragungen besteht, versuchen Kommunen einseitig von einigen wenigen Aktivistinnen und Interessengruppen dominierte Abstimmungen zu vermeiden und möglichst repräsentative Meinungsbilder zugewinnen. Zunehmend treten repräsentative Bürgerbefragungen anstelle von aufwändigen Präsenzveranstaltungen. In der Bewertungsphase, der Abstimmung über die eingereichten Vorschläge, sollten Verfahren – ob on- oder offline – so ausgestaltet werden, dass sie den Durchmarsch von partikularen Interessen erschweren (vgl. Masser et al. 2013).

Werden Vorschläge zurückgewiesen, sollte dies nicht ohne ausführliche Debatten und begründete Stellungnahmen geschehen. Bei der Umsetzung der Vorschläge und Beschlüsse sind sowohl Kommunalparlamente wie Verwaltungen in der Pflicht, ihre Praxis transparent zu dokumentieren und zu begründen. Regelmäßiges Monitoring und Bürgerbefragungen können dazu beitragen, Schwachstellen des Beteiligungsprozesses zu beheben und Enttäuschungen zu vermeiden. Insgesamt ist auf eine möglichst solide institutionelle Absicherung des Bürgerhaushalts (Ratsbeschlüsse) mit Blick auf Ressourcen, Kompetenzen und professionelle Unterstützung zu achten. Bürgerhaushalte können letztlich nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, alle beteiligten Akteure vom Nutzen dieses Verfahrens im Sinne einer win-win-Situation zu überzeugen.

Förderliche Rahmenbedingungen

Ein interfraktioneller Konsens über die Einführung eines Bürgerhaushalts weist das Verfahren als gemeinsames Anliegen der im Rat vertretenen Parteien aus und trägt unterstützend zu dessen Akzeptanz und Weiterentwicklung bei. Mit seiner Einbettung in eine lokale Beteiligungskultur wird der Bürgerhaushalt zum kooperativen Planungsverfahren über Einnahmen und Ausgaben. Voraussetzung für einen solchen Wandel zur »Bürgerkommune« ist allerdings die Bereitschaft von Politik und Verwaltung, Verantwortung und Macht an die Bürgerschaft zu delegieren. Im Alltag wirkt zudem eine „wandlungsfähige Verwaltung“ (Költzow et al. 2013) unterstützend,

die in der Lage ist, mit der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe zu kooperieren. Die anhaltende Motivation der Bürger_innen, als Mitgestalter_in und Koproduzent_in aktiv zu werden, stellt eine weitere Gelingensbedingung dar. Auch wenn das Gros der Bürgerhaushalte von Politik und Verwaltung „top down“ initiiert worden ist, kommt es auf die Verschränkung mit »bottom up«-Prozessen an, d.h. es gilt, Bürgerinitiativen, Genossenschaften, Bürgerstiftungen, Selbsthilfegruppen, Protestgruppen und andere zivilgesellschaftliche Akteure für einen anspruchsvollen Beteiligungsprozess zu gewinnen.

Stärken und Schwächen

Eine Bilanz der Stärken und Schwächen von Bürgerhaushalten setzt eine Verständigung über die eingangs skizzierten Zielsetzungen voraus. Als partizipatives Format, das Elemente direkt-demokratischer Entscheidung anbietet, wie dies bei vielen lateinamerikanischen Vorbildern der Fall ist, fällt die große Mehrzahl der deutschen Bürgerhaushalte aus, da sie nur unverbindliche konsultative Angebote machen. Als Vorschlagswesen für eine kleine Gruppe Interessierter fällt ihr demokratischer Mehrwert bislang äußerst begrenzt aus und entsprechend gering ist die Unterstützung in der Bevölkerung (Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014). Diese Einschränkung gilt auch für ihren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, etwa der Umverteilung von Haushaltsmitteln zugunsten benachteiligter Quartiere und Bevölkerungsgruppen, die in der Regel nicht einmal angestrebt wird. Wie es um die demokratischen Lernprozesse in Bürgerhaushalten steht, lässt sich nur vermuten. Schon aus Kostengründen gibt es eine starke Tendenz, die demokratische Dialogqualität der Bürgerhaushaltsprozesse zu vernachlässigen. Am Ende dieser Entwicklung steht oft ein elektronisch gestütztes Vorschlagswesen, das die Präferenzen von einzelnen zum Ausdruck bringt, aber kein Ergebnis von gemeinsamen Debatten und Abwägungen darstellt. Die Beteiligungsrate in den deutschen Bürgerhaushaltsverfahren liegt im Schnitt bei nur ein Prozent der Wahlberechtigten, wobei meist gut ausgebildete Männer im Alter zwischen 25-64 Jahren den Ton angeben. Schränken Kommunalpolitiker_innen den Gegenstand auf Vorschläge zur Kosteneinsparung ein, wie dies z.B. zeitweise in Köln oder Tübingen erfolgte, rutschen die Beteiligungsquoten auf unter 0,5%. Ausnahmen bilden Städte wie Stuttgart, Hilden, Trier oder der Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg mit Beteiligungsquoten bis zu 8,4 % (Berlin-Lichtenberg), die durch einen Mix an Beteiligungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen und dezentrale Abstimmungen in Stadtviertel erreicht werden. In Berlin-Lichtenberg werden zudem Kinder und Jugendliche in das Beteiligungsverfahren eingebunden.

2. Perspektiven zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten

Es gibt gute Gründe, an den weitreichenden Ambitionen des Bürgerhaushalts festzuhalten (vgl. Pateman 2012; Baiocchi/Ganuza 2014). Bürgerhaushalte enthalten ein anspruchsvolles direkt-demokratisches Versprechen und eröffnen eine kontinuierliche, folgenreiche und

umfassend angelegte Beteiligungsperspektive. Sie gehören zu den wenigen Beteiligungsformaten, die z.B. in ihrer Umsetzung im brasilianischen Recife gezeigt haben, wie Menschen in benachteiligten und armen Quartieren politisch erreicht und gestärkt werden können (Pape/Lerner 2016; Leighninger/Rinehart 2016). Auch die besonderen politischen Lernchancen dieses Beteiligungsinstruments sind keineswegs ausgeschöpft (Pennington/Schugurensky 2010; Talpin 2011). Wenn Bürgerhaushalte direkte Entscheidungsmöglichkeiten über Prioritäten, Teilhaushalte und Projekte anbieten, sind sie eine vertrauensbildende Maßnahme, die dem verbreiteten Misstrauen zwischen repräsentativen Institutionen und Bürgerschaft etwas entgegen setzen kann. Schließlich enthalten Bürgerhaushalte in ihrer ursprünglichen Version das Versprechen wirksamer Beteiligung, indem vorab ein Budget für Vorhaben zur Verfügung gestellt wird, die von den Bewohnern selbst entwickelt und in einem demokratischen Abstimmungsverfahren ausgewählt werden. So angelegt, bilden sie einen Gegenpol zu unverbindlichen dialogischen Beteiligungsverfahren, die oft den Eindruck folgenloser Symbolpolitik hinterlassen. Für Deutschland deuten sich dabei zwei unterschiedliche Entwicklungsperspektiven an, die auch gemeinsam vorangetrieben werden können:

a. *Einbettung von Bürgerhaushalten in lokale Beteiligungskonzepte.* Bürgerhaushalte werden aus ihrer oft singulären Stellung gelöst und in umfassende kommunale Beteiligungskonzepte integriert (Sobottka/Streck 2014) - wie beispielhaft die Stadt Bonn mit den *Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn* (eine Sammlung solcher Leitlinien findet sich auf <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de>). In den letzten Jahren haben sich eine Reihe von Kommunen auf den Weg begeben, eine verlässliche Beteiligungskultur institutionell zu verankern, indem sie z.B. zum Leitbild „Bürgerkommune“ bekannt, Beteiligungsleitlinien verabschiedet und Beteiligungsbeauftragte in der Kommunalverwaltung eingestellt haben (vgl. Roth 2016). Dazu werden förderliche Rahmenbedingungen geschaffen: ausreichende Ressourcen, Qualifizierungsangebote für Bürger_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen und Kommunalpolitiker_innen – getragen von einem koordinierenden Büro für Bürgerbeteiligung wie dies beispielhaft in der Stadt Potsdam der Fall ist. Repräsentativ ausgewählte Bewohner_innen werden qualifiziert, wirken an der (Re-)Formulierung der Ziele des Bürgerhaushalts, der Auswahl geeigneter Verfahren und der Evaluation mit und begleiten in einem Bewohner-Rat den Umsetzungsprozess des Bürgerhaushalts. Zur Vorbereitung, Diskussion von Vorschlägen, Abwägung und zur Abstimmung über die Prioritätenliste finden moderierte Veranstaltungen auf Stadtviertelebene statt. Gesamtstädtische Vorhaben und die Prioritätenlisten aus allen Stadtvierteln werden zum Gegenstand moderierter gesamtstädtischer Veranstaltungen. Auf Stadtviertelebene werden Delegierte gewählt, die priorisierte Vorhaben der Stadtviertel in gesamtstädtische Veranstaltungen einbringen und diskutieren. Im ländlichen Raum lässt sich dieses Modell für die früher einmal selbständigen Ortsteile von Großgemeinden, Gemeindeverbänden, Samtgemeinden und deren Verhältnis untereinander anwenden. Damit kann ein Element ortsnaher Demokratie erhalten und partiell wiedergewonnen werden.

b. *Fonds und Budgets als „kleine Geschwister“ der Bürgerhaushalte.*

Angesichts der Dominanz repräsentativer Strukturen und der prekären Haushaltsslage in vielen Kommunen spricht einiges dafür, Beteiligungshaushalte in kleineren Formaten zu erproben und weiterzuentwickeln. Budgets für Quartiere, für Schulen, für Kinder und Jugendliche, für Integrationsräte sind zwar weit entfernt von gesamtstädtischen Gestaltungsansprüchen, aber sie erlauben im Kleinen wirksame Formen direkter und unmittelbar wirksamer Beteiligung, die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement und die gemeinsame Gestaltung des Gemeinwesens. Neue bürgerschaftliche Gestaltungsräume dieser Art rütteln nicht grundsätzlich an repräsentativen Strukturen, aber öffnen sie für erweiterte direkte Partizipationsformen (Roth 2013).

Fonds und Budgets stellen einer Zielgruppe (Bewohner_innen eines Stadtteils, der Schülerschaft einer Schule, den Mieter_innen einer Wohnungsbaugesellschaft, Kindern und Jugendlichen eines Quartiers etc.) finanzielle Mittel zur Verfügung, mit denen sie eigene, selbstbestimmte Projekte und Vorhaben für einen vorgegebenen Zweck entwickeln und verwirklichen kann. Solche Fonds und Budgets werden zunehmend von der öffentlichen Hand (Parlamenten, Ministerien etc.), von Stiftungen und anderen Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmen eingerichtet, um in bestimmten gesellschaftlichen Problemfeldern innovative Ideen und Eigenaktivitäten von Engagierten und Betroffenen zu fördern. Ihre besondere demokratische Qualität besteht zum einen darin, dass sie Gestaltungsräume für eigene Prioritäten und selbstbestimmte Projekte schaffen. Zum anderen bieten sie ein demokratisches Lernfeld, wenn über die Auswahl der Vorhaben nach öffentlichen Debatten in demokratischen Verfahren in möglichst repräsentativen Gremien oder in direkten Abstimmungen entschieden wird. Ihre Attraktion liegt zudem darin, dass auf diesem Wege Barrieren abgesenkt werden, die der Ausbreitung von Bürgerhaushalten entgegenstehen. Die große Zahl von Kommunen unter Haushaltssicherung und mit geringen Finanzspielräumen lassen die der Einwohnerschaft zur Mitgestaltung in Aussicht gestellten frei verfügbaren Mittel so schrumpfen, dass die bürgerbeteiligte Haushaltsplanung als Angebot erlebt wird, „auf einer Glatze Locken zu drehen“. Die Konzentration auf kleine, aber verfügbare Budgets, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen können, vermeidet solche Enttäuschungen. Zudem werden auf diesem Wege die kognitiven Ansprüche reduziert, die sich bei der Beschäftigung mit kommunalen Haushalten auftun.

In jüngster Zeit erleben solche Fonds auch in Deutschland einen beachtlichen Aufschwung. Beispiele sind die Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen durch lokale Fonds (wie z.B. in Mannheim und durch ein Landesprogramm in Baden-Württemberg), die Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung durch Projektfonds (z.B. in Niedersachsen oder Berlin) oder die Stärkung von demokratischen Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (z.B. die Förderung von Jugendfonds im Bundesprogramm „Demokratie leben!“).

Budgets und Fonds können gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen zu einem wirksamen demokratischen Mittel werden, Zukunftsperspektiven mit und durch die Einwohnerschaft zu entwickeln. Wichtige Voraussetzungen sind zum einen ihre lokal angepasste Ausgestaltung und Umsetzung (Flynn 2016). Zum anderen müssen sie sich als Beteiligungsverfahren daran messen lassen, wie weit sie selbst den demokratischen Ansprüchen von Transparenz, partizipativen Entscheidungsprozessen und öffentlicher Verantwortung genügen (Roth 2017).

Literatur und Internethinweise

Literatur

Baiocchi, Gianpaolo/Ganuzza, Ernesto (2014): Participatory Budgeting as if Emancipation Mattered. In: Politics & Society (42) 1, S. 29-50

Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bundeszentrale für politische Bildung/Engagement Global/Servicestelle in der einen Welt (Hg.) (2015): 8. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org.
(<http://www.buergerhaushalt.org>)

Dias, Nelson (2014): Hope for Democracy. 25 Years of Participatory Budgeting Worldwide, Sao Bras de Alportel (Portugal)

Flynn, Alexandra (2016): Participatory Budgeting – Not A One-Size-Fits-All Approach. Toronto

Hagelskamp, Caroline u.a. (2016): A Process of Growth. The Expansion of Participatory Budgeting in the United States and Canada in 2015-16. San Francisco: Public Agenda
(online: <http://www.publicagenda.org/pages/a-process-of-growth>)

Herzberg, Carsten/Sintomer, Yves/Kleger, Heinz (Hg.) (2012): Hoffnung auf eine neue Demokratie. Bürgerhaushalte in Lateinamerika und Europa, Frankfurt/New York

Herzberg, Carsten/ Sintomer, Yves/ Allegretti, Giovanni in Zusammenarbeit mit Anja Roecke und Mariana Alves (2014): Bürgerhaushalte weltweit. Aktualisierte Studie, Dialog Global Nr. 25, Engagement Global/Service für Entwicklungsinitiativen (Hrsg.), Bonn

Hüther Gerald (2013): Kommunale Intelligenz, edition Körber, Hamburg

Klages, Helmut (2010): Qualitätskriterien für die Gestaltung von Bürgerhaushalten,

Download unter: <http://www.buergerhaushalt.org>.



Költzow, Sarah/Kwaschik, Jonas/Palm, Philip (2013): DIE WANDLUNGSFÄHIGE VERWALTUNG: Wandelgestalter; Potenzialentdecker und Beziehungsmanager für die Städte und Gemeinden von Übermorgen, Gütersloh

Leighninger, Matt/Rinehart, Chloe (2016): Brazil Has Reduced Inequality, Incrementally – Can We Do the Same? Gauging the Potential of Participatory Budgeting in the United States and Canada. San Francisco (<http://www.publicagenda.org>)

Lerner, Josh (2014): Everyone Counts. Could „Participatory Budgeting“ Change Democracy? Ithaca & London

Masser, Kai/Pistoia, Adriano/Nitzsche, Philipp (2013): Bürgerbeteiligung und Web 2.0. Potentiale und Risiken webgestützter Bürgerhaushalte, Wiesbaden

Moróro, Rogerio Rodrigues (2014): Der demokratische Mythos Porto Alegre. Widersprüche und Wirklichkeit eines partizipativen „Planungsmodells“, Wiesbaden

Neunecker, Martina (2016): Partizipation trifft Repräsentation. Die Wirkung konsultativer Bürgerbeteiligung auf politische Entscheidungen, Wiesbaden

Pape, Madeleine/Lerner, Josh (2016): Budgeting for Equity: How Can Participatory Budgeting Advance Equity in the United States? In: Journal of Public Deliberation (12) 2, Article 9 (<http://www.publicdeliberation.net/jpd/vol12/iss2/art9>)

Pateman, Carole (2012): Participatory Democracy Revisited. In: Perspectives on Politics (10) 1, S. 7-19

Pennington, Elizabeth/Schugurensky, Daniel (eds.) (2010): Learning Citizenship by Practicing Democracy. International Initiatives and Perspectives, Newcastle

Porto de Oliveira, Osmany (2017): International Policy Diffusion and Participatory Budgeting. Ambassadors of Participation, International Institutions and Transnational Networks, London

Roth, Roland (2013): Fonds und Budgets – unterschätzte Formen wirksamer politischer Beteiligung. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5) 1, S. 7-10

Roth, Roland (2014): Bürgerhaushalte international – Was können wir aus den weltweiten Erfahrungen mit Bürgerhaushalten lernen. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2014 vom 05.11.2014

Roth, Roland (2016): Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur.
In: Glaab, Manuela (Hg.): Politik mit den Bürgern – Politik für Bürger.
Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur. Wiesbaden:
Springer Fachmedien, S. 367-388

Roth, Roland (2017): Fonds und Budgets. In: Österreichische Gesellschaft
für Umwelt und Technik/Stiftung Mitarbeit (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung.
Wien/Bonn: Stiftung Mitarbeit (i.E.)

Ruesch, Michelle Anna/Wagner, Mandy (2014): Participatory Budgeting in Germany: Citizens
as Consultants, Bonn (ZebraLog/Engagement Global)

Sintomer, Yves/Herzberg, Carsten/Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa – eine
realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und
sozialer Gerechtigkeit, Wiesbaden

Sobottka, Emil A./Streck, Danilo (2014): When local participatory budgeting turns into a
participatory system. Challenges of expanding a local democratic experience. In:
International Journal of Action Research (10) 2, S. 156-183

Talpin, Julien (2011): Schools of Democracy. How ordinary citizens (sometimes) become
competent in participatory budgeting institutions, Colchester

Weber, Henriette I. u.a. (2015): Participatory Budgeting: Findings from Germany. In:
International Journal of Public Administration in the Digital Age (2) 2, S. 33-53

Links

www.buergerhaushalt.org

<https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de>

<https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2015/>

<https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de>

www.ncdd.org

www.participedia.net

www.participatorybudgeting.org

<http://www.schuelerhaushalt.de/startseite/index.nc>